



**Solidarité
sans frontières**

SEITE 3

NoFrontex Komitee

Nein zu Frontex
– Ja zur Beweg-
ungsfreiheit

SEITEN 9 – 12

Dossier: Ausbau der Überwachung

Technologien
und Ausrüstung
zur Migrations-
abwehr

SEITEN 19 – 20

Ein Gedanken- gang

Eine solidarische
Migrationspolitik
ist möglich

**Sonder-
ausgabe zum
NoFrontex-
Referendum**





Christoph Oeschger (*1984 in Zürich) ist Fotograf, Künstler, Verleger und seit Herbst 2017 künstlerischer Mitarbeiter im Bereich Transdisziplinarität an der Zürcher Hochschule der Künste (ZHdK). Seit 2014 betreibt er zusammen mit Christof Nüssli das Verlagsprojekt cpress. Die Fotos in diesem Bulletin stammen aus seinem Buch «They've Made us Ghosts», das Infrastruktur von Grenzsicherung und den Alltag von Migrant:innen fotografisch zusammenbringt. Oeschger beobachtete im nordfranzösischen Calais, welche Auswirkungen diese Grenzsicherungssystemen auf Mensch und Umwelt haben.

Mehr infos:
<https://christophoeschger.ch>

Das Vakuum von unten her füllen

Ergriffen wurde das Referendum schliesslich von Aktivist:innen und Basisorganisationen rund um das Migrant Solidarity Network. Das Referendumskomitee NoFrontex will migrantische Stimmen hörbar und die Interessen von Betroffenen sichtbar machen. Die Forderung «Ja zur Bewegungsfreiheit» und die grundsätzliche Kritik an Frontex und dem politisch gewollten Sterben- und Leidenlassen an den Aussengrenzen sollen im Zentrum der Debatte stehen. Das Ziel: eine Verschiebung der aktuellen Diskurse und Kräfteverhältnisse.

Trotz winterlicher Kälte, der sich zuspitzenden Corona-Pandemie und der beschränkten Ressourcen des Referendumskomitees konnten am 20. Januar über 62000 Unterschriften gegen Frontex eingereicht werden. Der grossartige Erfolg der Solidarität zeigt uns: Viele wollen die gewaltvolle Migrationspolitik nicht mehr hinnehmen. Dass zuletzt nochmals Tausende auf die Strasse gingen und den aussergewöhnlichen Schlusspunkt ermöglichten, macht zudem deutlich: Die institutionelle Politik allein wird die Migrationsrealitäten langfristig nicht verändern. Es braucht breite Netzwerke, die mit starken Perspektiven von unten her intervenieren.

Von der Bühne auf die Strasse

Dank dem Referendum wird nun bis zur Abstimmung am 15. Mai 2022 intensiver darüber gesprochen, was an den EU-Aussengrenzen passiert. Diese Plattform gilt es für vielfältigen Widerstand zu nutzen. Erfahrungen, politische Kritik und solidarische Perspektiven aus dem jahrelangen Widerstand gegen das Grenzregime können damit einer breiten Öffentlichkeit bekannt gemacht werden. Denn bereits heute wird viel unternommen: Migrant:innen setzen sich täglich über die Abschottungspolitik hinweg, zivile Seerettung stellt sich dem Sterbenlassen auf dem Mittelmeer entgegen, solidarische Städte organisieren sich und vehemente Communities leisten Widerstand.

Doch die Herausforderungen bleiben

Frontex ist eine zentrale Akteurin in Europas Abschottungspolitik, jedoch nicht das alleinige Problem. Die Verantwortung für diese Politik liegt im Herzen Europas, in Brüssel sowie in Bern. Es gilt, an diesen Orten Druck auszuüben. Damit ist auch klar, dass das Referendum allein Frontex nicht abschaffen und Grenzgewalt nicht aufheben kann. Aber: Als Teil von vielseitigem Widerstand wollen und können wir bestehende solidarische Strukturen und Vernetzungen sowie die gemeinsamen Forderungen stärken – Nein zu Frontex, Ja zu Bewegungsfreiheit für alle.

Referendumskomitee NoFrontex
www.frontex-referendum.ch

Editorial

Europa im Jahr 2022. Frontex, die europäische Grenzschutzagentur, expandiert weiter: mit Geld, Waffen, Personal, Fahrzeugen, Drohnen und sogar mit einem Zeppelin. Vor Ort überwacht sie Migrationsbewegungen, rüstet die Grenzen auf und drängt Migrant:innen direkt oder indirekt gewaltsam von den Außengrenzen zurück - entlang der Balkanroute, von Griechenland in die Türkei oder auf hoher See zurück in die libyschen Gefängnisse. Die Grenzsicherung nimmt immer mehr den Charakter eines Krieges gegen Migration an. Wir müssen uns deshalb nicht nur fragen, wie es soweit kommen konnte, sondern auch analysieren, wohin diese Entwicklung führt und wie wir uns dagegen wehren können.

Darum geht es in dieser Sonderausgabe des Bulletins. Im Hinblick auf die NoFrontex-Abstimmung am 15. Mai 2022 wollen wir fundierte Informationen und klare Argumente gegen die EU-Grenzschutzagentur liefern. Dabei geht es jedoch nicht nur um Frontex, sondern auch um andere Aspekte der Migrationspolitik wie die Digitalisierung der Migrationsabwehr oder die sogenannte Externalisierung. Als Sosee sehen wir die Notwendigkeit einer aufgeklärten Debatte im Lichte von Fakten, die von Forscher:innen, Aktivist:innen und Betroffenen geprägt ist. Wir sehen dieses Bulletin deshalb auch als einen fokussierten Debattenbeitrag zu einem wichtigen, aber auch komplexen Thema. Aus diesem Grund sind die Texte in dieser Sonderausgabe teilweise auch technischer als üblich.

Dass eine Abstimmung zum Thema Asyl endlich fordert, Grundrechte zu schützen, anstatt sie einzuschränken, ist ist genauso aufregend wie anspruchsvoll. Wir wollen die kommenden Wochen deshalb nutzen und gemeinsam mit der NoFrontex-Kampagne in den öffentlichen Diskurs intervenieren. Die Forderungen sind klar: Nein zu Frontex, Ja zu Bewegungsfreiheit für alle. Das es dazu überhaupt kommt, verdanken wir dem Migrant Solidarity Network, das das Referendum initiiert hat, und dem Team des Referendumskomitees, das während der 100 Tage unermüdlich gearbeitet hat, um mehr als 62000 Unterschriften zu sammeln. Ein grossartiger Erfolg, den wir hoffentlich weiterziehen können. Ohne die Hartnäckigkeit und die unerschütterliche Überzeugung, dass eine andere Migrationspolitik möglich ist, käme es wohl im Frühling nicht zur Abstimmung. Es wurde einmal mehr klar, wie sehr die Instrumente der direkten Demokratie in der Schweiz noch immer von den Ressourcen der Komitees abhängen, die Initiativen und Referenden lancieren – und natürlich auch davon, wie viele Menschen von diesen Instrumenten immer noch ausgeschlossen sind.

Nutzen wir deshalb diese Chance bis zum 15. Mai, um zu reden, zu debattieren und aktivistisch zu intervenieren und nicht nur Frontex, sondern mit ihr auch die EU-Abschottungspolitik und die zynische Rolle der Schweiz ernsthaft unter Druck zu setzen. Denn was klar ist: über die Rechte von Migrant:innen hinaus

sind die Grundrechte aller bedroht, wenn gegenüber dieser Entwicklung nicht reagiert wird.

Wir widmen diese Ausgabe unserem verstorbenen Kollegen und Mitstreiter Heiner Busch, der jahrelang hartnäckig und gründlich zu Frontex recherchiert und immer wieder gegen die Entstehung dieser dystopisch anmutenden Gegenwart mobil gemacht hat. Bereits 2009 forderte er die Mobilmachung von links unten gegen den EU-Abschottungs- und Überwachungswahn: «Für diejenigen, die es mit Menschenrechten und Demokratie ernst meinen, für die kleinen Bürgerrechtsorganisationen und die Netzwerke der sozialen Bewegungen, bieten der Bericht der Zukunftsgruppe und die Planungen für das neue Programm der EU-Innenpolitik nur zwei Vorteile: die Chance für eine öffentliche Debatte und den Anlass dafür, von links unten eine andere europäische Vision zu entwerfen.» Und genau das müssen wir auch weiterhin tun!

Lorenz Naegeli und Sophie Guignard
Politisches Sekretariat von
Solidarité sans frontières

Zwischenbilanz des NoFrontex-Komitees

Nein zu Frontex - Ja zur Bewegungsfreiheit

Ihre Beteiligung am europäischen Migrationsregime lässt die offizielle Schweiz meistens unerwähnt. Das NoFrontex-Referendum macht sie zum Thema. Wohin kann uns das Referendum führen?

Die Schweiz mauert mit an der Festung Europa. Dies zeigte sich aufs Neue am ersten Oktober 2021: Das Parlament entschied, die Unterstützung für die europäische Grenzschutzagentur Frontex auszubauen. Der aktuelle Beitrag von 24 Millionen Franken soll bis 2027 auf rund 61 Millionen Franken pro Jahr erhöht werden. Ausserdem will die Schweiz zusätzliche bewaffnete Grenzwachter:innen an die Aussengrenze schicken.

«Die Verantwortung für diese Politik liegt im Herzen Europas, in Brüssel sowie in Bern.»

Die parlamentarische Linke und grosse Organisationen entschieden daraufhin, von einem Referendum abzuweichen. Die Schweizerische Flüchtlingshilfe (SFH) und die Gewerkschaften sprachen sich in der Vernehmlassung für den Frontex-Ausbau aus. Sie befürchteten den Ausschluss der Schweiz aus dem Schengenabkommen oder eine drohende Abstimmungsniederlage.



Interview mit Beat Schuler

«Frontex weiss genau Bescheid»

Der ehemalige UNHCR-Mitarbeiter Beat Schuler hat bei Frontex Grenzwachbeamt:innen zum Thema Grund- und Flüchtlingsrechte ausgebildet. Was er heute zur Agentur sagt.

SOSF: Du hast drei Jahrzehnte fürs UNCHR gearbeitet. Von 2012 bis 2018 warst du in Italien für den Rechtsschutz der Flüchtlinge zuständig. Wie steht es denn heute um die Rechte der Flüchtenden, die versuchen, nach Europa zu reisen?

Beat Schuler: Nicht sehr gut. Allgemein kann man mittlerweile sagen: Je näher Menschen bei ihrem Heimatland bleiben, desto besser ist ihre rechtliche und Lebenssituation.

Die EU, die mit der Europäischen Menschenrechtskonvention ein starkes, verbindliches Rechtsdokument hätte, macht ihre Aufgabe also nicht gut?

Punktuell schützen europäische Länder geflüchtete Menschen nach wie vor. Aber wir beobachten in den letzten Jahren vermehrt, wie der politische Wille zur Einhaltung der Menschenrechte schwindet, wenn es um geflüchtete Menschen geht.

Was heisst das für Schutzsuchende konkret?

Viele Menschen können gar nicht mehr nach Europa kommen. Und wenn sie kommen wollen, riskieren sie ihr Leben. Davon zeugen die horrenden Zahlen der Menschen, die beim Versuch, das Mittelmeer zu überqueren, ihr Leben verlieren. Diejenigen, die es schaffen, treffen teilweise auf enorm schwierige Lebensumstände. Menschen müssen nicht nur ein Asylgesuch stellen können, die Staaten wären auch verpflichtet, ihnen danach zu helfen.

Gerade in Griechenland beobachten wir, wie die Menschen in immer unwürdigeren Lagern leben müssen. Die Bewegungsfreiheit wird eingeschränkt, die Versorgung mit Lebensmitteln ist desolat...

Die Lage in Griechenland ist schlimm und Griechenland wie die EU weiss darum. Hier wird wissentlich und willentlich eine schlechte Situation zementiert, um Leute abzuschrecken.

Ein weiteres Phänomen zur Abschreckung sind die illegalen Rückführungen. NGOs dokumentieren mittlerweile Fälle, die tausende von Personen betreffen. Wie genau laufen Pushbacks ab?

Bleiben wir beim Beispiel Griechenland: Wenn ein Boot mit Geflüchteten von der Türkei her in griechische Gewässer kommt, tauchen standardgemäss Störboote vom griechischen Grenzschutz auf. Die Boote werfen Wellen und drängen die Menschen zurück, manchmal schleppen sie sie auch ab, bis sie wieder in türkischem Hoheitsgewässer sind.

Diese Praxis verstösst gegen den Kern des Flüchtlings-schutzes, nämlich, dass jeder Mensch das Recht hat, einen Staat um Schutz zu bitten. Warum hat sich diese Praxis dennoch normalisiert?

Mehr eingehaltene Menschenrechte heissen auch mehr Flüchtlinge innerhalb der EU. Das wollen viele Mitgliedstaaten schlichtweg nicht.

Welche Rolle spielt die europäische Grenzschutzagentur Frontex in der Sache?

Im oben erwähnten Falle bekommt die Agentur alles mit, weil sie beispielsweise mit Schiffen, Flugzeugen oder Drohnen vor Ort ist. Zudem hat Frontex Verbindungsleute zur griechischen Küstenwache und bekommt im Anschluss an einen Pushback in der Regel eine Kopie des Berichts.

Reden wir hier von der Regel oder der Ausnahme?

Frontex hat in ihrer Zentrale in Warschau einen Operationsraum mit vielen Monitoren und Computern. Dort sind laufend Aufnahmen zu sehen, auf welchen Menschen Grenzen überschreiten, Boote sich bewegen und so weiter. Frontex weiss über jeden Pushback Bescheid.

Trotzdem schiebt Frontex die Verantwortung standardgemäss auf die nationalen Grenzwachen.

Das Problem ist: Vorwürfe prallen gegenwärtig an Frontex-Chef Fabrice Leggeri ab wie an einer Teflonpfanne. Aber: Frontex hätte nicht nur den Auftrag, die europäischen Grenzen zu schützen, sondern auch, sicherzustellen, dass die Grundrechte von Menschen an den Grenzen eingehalten werden. So ist es in der Grundrechtsstrategie der Agentur festgeschrieben. Dem zweiten Teil des Auftrages kommt die Agentur momentan nur ungenügend nach.

Du hast im Auftrag der UNO Grenzbeamt:innen zum Thema Grund- und Flüchtlingsrechte ausgebildet. Wie genau läuft eine solche Ausbildung ab?

Das hängt von der Zielgruppe ab: In Warschau bilde ich das mittlere Kader aus, also Grenzbeamt:innen, die über längere Zeit im Feld sind. Für diese Zielgruppe dauerte die Ausbildung drei bis fünf Tage. Für Mitarbei-

«Frontex hat in ihrer Zentrale in Warschau einen Operationsraum mit vielen Monitoren und Computern. Dort sind laufend Aufnahmen zu sehen, auf welchen Menschen Grenzen überschreiten, Boote sich bewegen und so weiter.»

tende von nationalen Grenzwachen, welche für mindestens einen Monat an Frontex entlehnt wurden, handelten wir die Themen Flüchtlingsrecht und Arbeitsweisen vom UNHCR in ein bis zwei Stunden ab, was natürlich zu wenig ist.

Was konntest du mit der Ausbildung bewirken?

Ich denke, die Inhalte dienten primär als «mind opener». Die Teilnehmenden bezogen nach meinen Kursen vielleicht weniger polarisierende Positionen und konnten erkennen, wenn sie widerrechtlich handelten. Im Idealfall sagt eine Person im Feld dann auch mal: «Halt. Was wir hier tun, ist nicht richtig. Das haben wir doch anders gelernt.»

Das Problem aber ist: Bis heute fehlen effektive Kontrollmechanismen, wenn Frontex Menschenrechtsverletzungen begeht.

Auf dem Papier sind die Konzepte zum Grundrechtsschutz recht gut. Aber es fehlt am Willen, sie auch real umzusetzen. Frontex hat zwar ein Grundrechtsbüro, aber das ist personell massiv unterbesetzt. Was es

bräuchte, wäre eine vom Direktor unabhängige Instanz, die autonom entscheidet, wo sie Beobachtungen macht und mit wem sie redet. Und eine Führung, die entsprechende Berichte dann ernst nähme. Seit Jahren reden wir, ohne Fortschritte zu sehen.

Aber bereits heute können Vorfälle von Menschenrechtsverletzungen gemeldet werden.

Ja, aber die bisherigen Eingaben bilden nicht die Realität ab. Denn die Hürden für Eingaben sind hoch. Es bräuchte eine einfach bedienbare App und eine rund um die Uhr bediente Telefonnummer, wo Meldungen auch anonym entgegengenommen werden können. Und zwar von Betroffenen wie auch von Mitarbeitenden. Letztere sind ansonsten bedroht, ihren Job zu verlieren. **Würde ein seriös etablierter Reportingmechanismus denn nicht bedeuten, dass Frontex fortan ganz anders agieren müsste?**

Doch. Aber das will Europa nicht. Eine Mehrheit ist zufrieden mit einer Situation, die die Migranten abschreckt und draussen hält. Leider sind jene Stimmen, die die Einhaltung der Menschenrechte fordern, in einer Minderheit.

Welche Verantwortung trägt die Schweiz?

Die Schweiz unterstützt Frontex finanziell und entsendet Personal, trägt das Ganze also mit. Darin besteht insofern die Chance, dass die Schweiz vehement das Einhalten der Grund- und Menschenrechte einfordern könnte und sollte. Zudem sollte sie ihr Personal sorgfältig schulen und auch in einem Debriefing überprüfen, wie rechtskonform die Einsätze gelaufen sind. Daraufhin sollte die Schweiz entscheiden, ob sie weiterhin Personal entsendet.

Dein Fazit zur momentanen Lage ist ernüchternd. Was können Basisorganisationen in der aktuellen Situation tun?

Dranbleiben, ist der Beitrag auch noch so klein. Es sind schwierige Zeiten, aber wir dürfen nicht aufgeben.

Was sagst du zum Zustandekommen vom Frontex-Referendum?

Das ist super. Ich gratuliere den Aktivist:innen für ihren Einsatz! Jetzt können und müssen wir uns als Gesellschaft umfassend mit Frontex und den Verletzungen der Menschen- und Flüchtlingsrechte auseinandersetzen. Das Referendum kann wirklich etwas bewirken!

Selina Leu (SI)

Vorstand, Solidarité sans frontières

Bericht von der EU-Aussengrenze

Frontex und Pushbacks

Berichte über Beteiligung von Frontex-Teams an illegalen Rückführungen nehmen kein Ende. Watch the Med Alarmphone dokumentierte gleich zwei solche Vorfälle in der Ägäis an einem Tag.

Am 8. Oktober 2021 war ein Boot mit 25 Personen unterwegs nach Lesbos. Dann wurde das Boot attackiert, der Motor zerstört und mit einem Seil von der griechischen Küstenwache zurück in türkische Gewässer gezogen. Dort trieb das Boot vor sich her, ohne Motor, mitten auf dem Meer.

«Fotos beweisen: beim beschriebenen Boot handelt es sich um die CP 420, ein Boot der italienischen Guardia Costiera im Frontex-Einsatz.»

Doch am Anfang des illegalen Pushbacks stand ein Frontex-Boot, wie ein Passagier Alarmphone schildert: «Wir sahen ein weisses Boot vor uns. Es war ein italienisches Schiff, glaube ich. Jemand hat Fotos gemacht, damit sie es sehen können. Dieses

weisse Schiff hat uns nicht geholfen.» Fotos beweisen: beim beschriebenen Boot handelt es sich um die CP 420, ein Boot der italienischen Guardia Costiera im Frontex-Einsatz.

Am selben Tag berichtete eine andere Gruppe ebenfalls von einem illegalen Pushback im ägäischen Meer. Zwölf Personen wurden in der Nähe der griechischen Insel Rhodos auf ein Schiff der griechischen Küstenwache geladen. Diese fuhr die Gruppe in türkische Gewässer und setzte sie auf schwimmenden Rettungswachen aus. Mitten im Meer, ohne Motor. Auch in diesem Fall berichteten die Reisenden, dass sie von einem Frontex- oder Nato-Boot gestoppt wurden, bevor die griechische Küstenwache den illegalen Pushback vollendete.

Diese Berichte bestätigen die enge Kooperation zwischen der griechischen Küstenwache und Frontex bei illegalen Rückführungen. Und was nicht unerwähnt bleiben sollte: sie geschehen vor aller Augen!

(Ln)

Keine Klimagerechtigkeit mit Frontex

Der Klimastreik unterstützt das Referendum gegen den Frontex-Ausbau.

Schon heute gehört die Klimakrise zu den einflussreichsten Fluchtgründen. Studien gehen davon aus, dass bis 2050 die Klimakrise bis zu 1.2 Milliarden Menschen zur Flucht zwingt. Die Klimastreik-Bewegung fordert sichere Fluchtwege für Migrant:innen. Laut der UNO stammen 80% der geflüchteten Menschen aus Gebieten, welche von der Klimakrise betroffen sind und aus Gründen fehlender Infrastruktur Naturkatastrophen besonders ausgesetzt sind.

Der Klimastreik positioniert sich

Der Klimastreik entschied sich mit grosser Mehrheit dafür, das NoFrontex-Referendum zu unterstützen. Gerechtigkeit für Geflüchtete sieht die Bewegung als Teil ihrer Forderung

nach Klimagerechtigkeit. «Wir brauchen Klimagerechtigkeit! Mit der Aufrüstung von Frontex, der europäischen Grenzwa- che, steuern wir auf das Gegenteil zu», erklärt Robin Augsburg aus La Chaux-de-Fonds.

Meret Schefer aus Bern ergänzt: «Es gibt nur etwas, was ich fast genauso sehr fürchte wie die Naturkatastrophen, welche die Klimakrise verursacht. Und das ist die Art und Weise, wie unsere Gesellschaft darauf reagieren wird. Ich will nicht in einer Welt leben, in welcher sich der Globale Norden in eine Festung verwandelt und den Globalen Süden in den Krisen, welche der Globale Norden verursachte, alleine lässt. Nur mit Klimagerechtigkeit erreichen wir unser Ziel nach einer lebenswerten Zukunft!».

Klimastreik

Dieser Artikel erschien ursprünglich als Pressemitteilung und wurde leicht gekürzt und angepasst.



Frontex abschaffen

Grenzschutz und Menschenrechte, ein Widerspruch in sich

Frontex das Geld zu entziehen ist ein Schritt in die richtige Richtung, löst die Probleme rund um die Grenzschutzagentur und das mit ihr verbundene gewalttätige Migrationsregime auf lange Frist nicht.

Seit ihrer Gründung 2004 als EU-Agentur wächst Frontex stetig. Ihre Aufgaben und Mittel wurden nach dem als «Flüchtlingskrise» benannten Sommer der Migration erheblich erweitert. Unter anderem entsteht bis 2027 ein stehendes Heer mit bis zu 10000 Einsatzkräften. Diese sollen die Grenzen der EU-Mitgliedstaaten bewachen sowie Abschiebungen aus der EU verstärken. Als Kontrolleurin nationaler Grenzschutzbehörden kann Frontex «im Krisenfall» direkt eingreifen und die Interessen der EU-Staaten durchsetzen. Krisenstimmung kommt dort schon auf, wenn zehntausend Menschen über Belarus in die EU fliehen – für die allein in Deutschland zweifellos genug Platz wäre.

Aufgrund der anhaltenden Kritik an gewalttätigen Übergriffen, Pushbacks und anderen Menschenrechtsverletzungen, bei denen Frontex-Beamt:innen direkt beteiligt oder zumindest anwesend waren – besonders die Pushbacks in der Ägäis stehen im Fokus – fordert

die Untersuchungsgruppe der EU-Kommission von Frontex einen umfassenden internen Reformprozess. Immer wieder wurde auch die Absetzung des Direktors Fabrice Leggeri gefordert. Mit grosser Mehrheit beschloss das EU-Parlament im Oktober, zwölf Prozent des Budgets für 2022 nur dann freizugeben, wenn Frontex 20 Grundrechtebeobachter:innen einstellt und einen Mechanismus zur Meldung von Zwischenfällen an den EU-Aussengrenzen einrichtet. Im Parlament wird ausserdem dafür plädiert, das Budget um 45 Millionen Euro zu kürzen.

Problem gelöst? Mitnichten!

Diese Bemühungen lösen die Probleme allerdings nicht. Alle Forderungen nach (mehr) Selbstkontrolle der Agentur sind wenig aussichtsreich. Bekanntlich ist es völlig ineffektiv, wenn eine Behörde gegen sich selbst ermittelt. Eine Kürzung des Budgets bei einem Gesamtvolumen von 754 Millionen Euro müsste immens sein, um ein wirklicher Stachel

im Fleisch der Agentur zu sein. Ein von der SPD geforderter Rückzug deutscher Frontex-Einsatzkräfte ist politisch richtig, würde aber wohl schnell durch das stehende Heer aufgefangen.

Effektive Einschnitte in Budget und Aufgaben plus eine unabhängige Kontrolle können die Agentur langfristig etwas zähmen. Aber: Als Dienstleisterin für die EU-Mitgliedsstaaten kann Frontex nur indirekt für Menschenrechtsverletzungen zur Verantwortung gezogen werden. Eine unklare Kompetenzverteilung zwischen der Agentur und den Mitgliedsstaaten schafft ein Haftungsvakuum. Ein juristisches Vorgehen gegen Frontex gestaltet sich schwierig: Bei Betroffenen von Pushbacks als potentiellen Kläger:innen überwiegt zurecht die Furcht vor Repression gegenüber einem abstrakten Interesse an später Gerechtigkeit.

Frontex ist das Problem

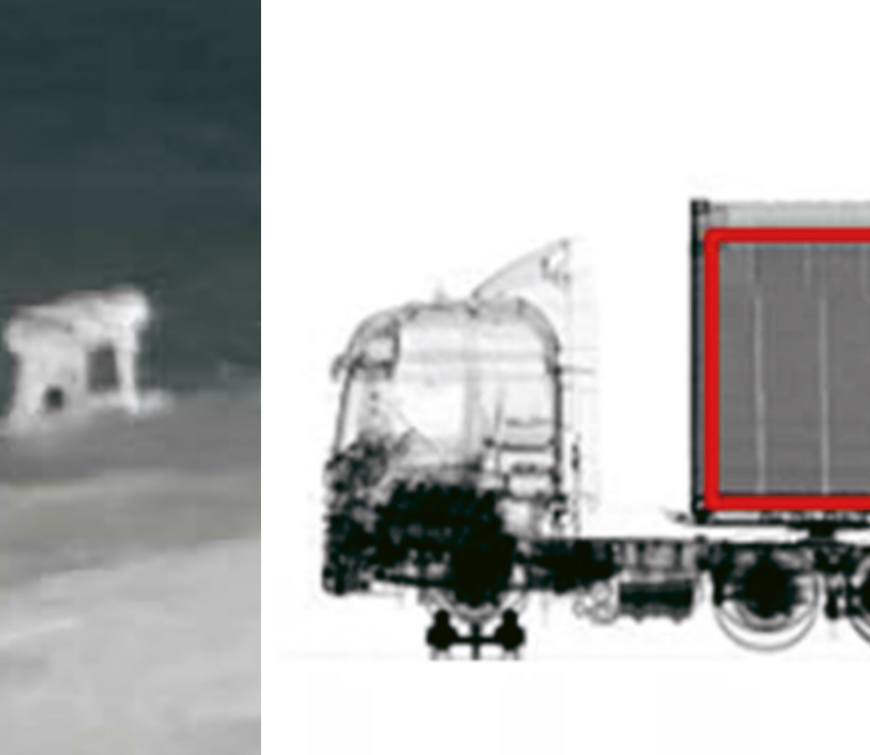
Die bisherigen Versuche wollen Frontex reformieren und zu einem Akteur machen, der die EU-Außengrenzen von nun an im Einklang mit den Menschenrechten verteidigen soll – ein Widerspruch in sich. Die Abschottung der EU-Aussengrenzen zur Sicherung des Wohlstands der EU, unter Aufrechterhaltung des postkolonialen Machtgefälles gegenüber dem Globalen Süden, ist unweigerlich auf Gewalt gebaut. Die Anforderungen der EU-Staaten an ihre Grenzschutz-Agentur Frontex sind deshalb mit effektivem Menschenrechtsschutz nicht vereinbar.

Eine Lösung für das Problem Frontex setzt deshalb weit mehr voraus: Es braucht eine globale Vision von einer Gesellschaft der Vielen und einen grundsätzlichen Systemwechsel.

Frontex das Geld zu entziehen ist ein Schritt in diese Richtung, aber bis zum Ziel benötigen wir noch einen langen Atem.

Britta Rabe

Komitee für Grundrechte und Demokratie e.V.



Die schädlichen Auswirkungen der Luftüberwachung durch Frontex im zentralen Mittelmeer

Ferngesteuerte Rückführungen – tödliche Folgen

Die Luftüberwachung, die nach und nach die physische Präsenz von Frontex im zentralen Mittelmeer ersetzt, ermöglicht es der Europäischen Union (EU), sich ihrer Rettungsverantwortung zu entziehen und gleichzeitig eine Kontrolle aus der Luft aufrechtzuerhalten. Sie ist ein wichtiger Teil der Festung Europa.

Im Januar 2018 ersetzte Frontex die Grenzüberwachungs- und Kontrolloperation Triton durch Themis. Das Patrouillengebiet der Agentur wurde massiv reduziert. Seither kreuzt Frontex nur noch vor der italienischen Küste¹ und setzt mehr Flugzeuge ein. Parallel dazu bildeten die EU und Italien die libysche Küstenwache aus und unterstützen sie weiterhin. Im Juni 2018 erklärten sich letztere für die Koordination der Rettungen in einem grossen Gebiet internationaler Gewässer für zuständig. Seither greifen die libyschen Streitkräfte ein, wenn die europäischen Behörden ihnen Informationen über den Standort der abzufangenden Boote zur Verfügung stellen. Ende 2018 ersetzte die gemeinsame Militäroperation der EU im Mittelmeerraum, EUNAVFOR MED, deren Hauptaufgabe die Umsetzung des UN-Waffenembargos gegen Libyen und die Bekämpfung des Menschenhandels ist, die Operation Sophia durch Irini. Auch dies implizierte eine Verringerung des Einsatzgebiets und das Ersetzen von Schiffen durch Flugzeuge.

Daher ist die Situation klar: Die europäische Präsenz konzentriert sich hauptsächlich auf die Luft, und es gibt weniger offizielle Schiffe, die für die Rettung mobilisiert

werden können. Ein dramatisches Beispiel der Auswirkungen dieser Politik: Am 21. und 22. April 2021 überflog Frontex ein Boot mit etwa 130 Menschen, die trotz wiederholter Hilferufe weder von den europäischen noch den libyschen Behörden gerettet wurden². Es war das NGO-Schiff Ocean Viking, das schliesslich vor Ort ankam, mehr als 24 Stunden nach dem ersten Notsignal. Das Rettungsteam fand nur die Überreste des gesunkenen Bootes und leblose Körper.

Trotz Kritik³ scheint die Praxis der «ferngesteuerten» Rückschiebungen und der Luftüberwachung nicht zurückzugehen. Im Oktober 2020 haben Airbus, das israelische Staatsunternehmen Aersospace Industries und Elbis Systems mit Frontex zwei je 50 Millionen Euro schwere Verträge zwecks Lieferung von Überwachungsdrohnen abgeschlossen⁴. Im April 2021 berichtet Der Spiegel⁵, dass die Beamten von Frontex offenbar die libyschen Grenzwachter per Whatsapp benachrichtigen, wenn sie ein in Seenot geratenes Boot aufgespürt haben.

Der systematische Einsatz dieser luftgesteuerten Beihilfe zu den Rückführungen ist ein weiteres Beispiel für die zentrale Rolle, welche Frontex bei der gewaltsamen Verteidigung der europäischen Aussen-grenzen spielt. Sie ist vor allem ein Zeichen dafür, wie sich die EU und die Schweiz durch die Auslagerung aus der Verantwortung für ihre abschreckende Migrationspolitik stellen. Im zentralen Mittelmeer werden die Schutz-suchenden in die libyschen Folterlager zurückgeschafft – unter den Augen von Frontex.

(Ks)

¹ Die meisten der behelfsmässigen Boote stossen auf Navigationsprobleme, die viel näher an der libyschen als an der italienischen Küste liegen.

² <https://alarmphone.org/en/2021/04/22/COORDINATING-a-maritime-disaster-up-to-130-people-drown-off-libya/>

³ Siehe Bericht: <https://eu-libya.info/>

⁴ <https://www.theguardian.com/business/2020/oct/20/airbus-to-operate-drones-searching-for-migrants-crossing-the-mediterranean>

⁵ <https://www.spiegel.de/international/europe/libya-how-frontex-helps-haul-migrants-back-to-libyan-torture-camps-a-d62c3960-ece2-499b-8a3f-1ede2eae8b83>

Dossier: Ausbau der Überwachung

Frontex-Millionen für flächendeckende Luftüberwachung

Zweimal hat die EU in den vergangenen sechs Jahren die Kompetenzen für Frontex drastisch erweitert. 2016 wurde der Agentur die Beschaffung eigener Ausrüstung erlaubt. Zuerst begann sie mit dem Leasing eigener Flugzeuge. Als «Luftüberwachungsdienst» (Frontex Aerial Surveillance Service – FASS) beobachten sie das zentrale Mittelmeer, die sogenannte Balkanroute und die Ägäis. Damit verabschiedet sich Frontex von dem Prinzip, Personal und Ausrüstung für ihre Missionen immer aus den Mitgliedstaaten zu leihen. Das verleiht der Agentur beträchtlich mehr Gestaltungsmacht bei gleichzeitig weniger Kontrolle.

Die FASS-Flüge können von jedem EU-Mitgliedstaat mit einer Aussengrenze angefordert werden. Die Entscheidung, ob der Einsatz stattfindet, liegt bei Frontex-Direktor Fabrice Leggeri. Zuerst machte davon 2017 Italien Gebrauch, 2018 folgte in Kroatien der erste Einsatz an einer Landgrenze. Inzwischen fliegen die FASS-Flugzeuge auch in Montenegro, Griechenland und anderen Ländern.

Alle Daten gehen an Frontex

Sämtliche Aufklärungsdaten werden an das Frontex-Hauptquartier in Warschau übermittelt und von dort an den jeweiligen Gaststaat weitergegeben. Die Aufnahmen speist Frontex ausserdem in sein EUROSUR-Überwachungssystem ein, an das alle EU-Mitgliedstaaten wie auch die Schweiz angebunden sind. Dort werden sie von 42 Mitarbeiter:innen des «Frontex-Lagezentrums» (Frontex Situation Centre – FSC) ausgewertet. Mindestens sechs von ihnen arbeiten in der eigens für den FASS-Dienst eingerichteten Abteilung «Mehrzweck-Luftraumüberwachungsdienst» (MAS). Auch Länder wie Libyen, Tunesien oder die Türkei werden über Boote in Seenot informiert. Dem EUROSUR-Netzwerk dürfen sie aber nicht direkt angehören.

Die FASS-Flugzeuge tragen elektro-optische Sensoren, die auch bei Nacht oder schlechter Sicht Bilder liefern können. Weitere Informationen generiert ein Seeradar, das kleine Boote auf grössere Entfernung erkennt.

Außerdem sind die Flieger mit Anlagen zum Empfang von Transpondern ausgestattet, um die Position grösserer Schiffe zu verfolgen. In den Ausschreibungen können Anbieter Pluspunkte sammeln, wenn ihre Luftfahrzeuge Technik zur Ortung von Mobil- und Satellitentelefonen an Bord haben.

Von Bodennähe bis in die Stratosphäre

Allein für die Flugzeuge im FASS-Dienst hat Frontex bislang 147 Millionen Euro ausgegeben. Die Agentur setzt ausserdem Langstreckendrohnen ein, die noch grössere Gebiete abdecken (siehe Artikel auf Seite 8). Für Einsätze in Bodennähe sucht Frontex Firmen, die kleinere Quadrokopter anbieten.

Seit letztem Jahr ist auch ein sogenannter Aerostat am griechisch-türkischen Grenzfluss Evros sowie über der griechischen Insel Limnos im Frontex-Einsatz. Dabei handelt es sich um einen an einer mehrere hundert Meter langen Leine «gefesselten» Zeppelin, der bis zu 40 Tage in der Luft bleiben kann.

Frontex beobachtet die EU-Aussengrenzen seit 2014 mithilfe des EU-Satellitenprogramms «Copernicus». In einem Forschungsprojekt will Frontex jetzt die Lücke zwischen Drohnen, Flugzeugen und Satelliten schließen: In einer Ausschreibung werden Systeme für den Einsatz in der 20 Kilometer hohen Stratosphäre gesucht, darunter sogenannte Höhenplattformen oder Leichters-Luft-Lösungen. Solche entwickeln der europäische Rüstungskonzern Airbus oder der französische Konkurrent Thales derzeit zur Serienreife. Ihre Ausdauer beträgt Monate oder sogar Jahre.

Diese Echtzeitüberwachung aus der Luft ergänzt die zahlreichen weiteren Möglichkeiten zum Sammeln und Verarbeiten digitaler Informationen (siehe Seiten 10–12). Frontex wird dadurch zum Quasi-Geheimdienst im Dienste der Migrationsabwehr.

Matthias Monroy

Netzaktivist und Redakteur bei «Bürgerrechte & Polizei/CILIP»

Digitale Technologien im Dienst der Migrationsabwehr

Seit der Krise des europäischen Grenzregimes 2015 hat die EU ihre IT-Infrastruktur zur Migrationsabwehr kontinuierlich ausgebaut. Mit Hilfe von biometrischer Erfassung und neuen oder erweiterten Datenbanken wird ein immer umfassenderes Wissen über Geflüchtete und ihre grenzüberschreitenden Bewegungen generiert. Dieses dient auch dazu, diese leichter wieder ausschaffen zu können. Eine Übersicht über die wichtigsten Programme.

EURODAC

Die EURODAC-Datenbank entstand in den 1990er-Jahren und erfasst die Fingerabdrücke und das Geschlecht aller asylsuchenden Personen sowie aller Migrant:innen, die beim undokumentierten Grenzübertritt in den Schengenraum aufgegriffen werden. Darüber hinaus speichert EURODAC bisher keine weiteren personenbezogenen Daten. Mit Hilfe der Fingerabdrücke kann jedoch überall in Europa das Land bestimmt werden, in dem eine asylsuchende Person den Schengenraum betreten hat und das laut Dublin-Verordnung meist für ein Asylverfahren zuständig ist. Zugriff auf EURODAC haben die Asylbehörden der Mitgliedstaaten, in der Schweiz das Staatssekretariat für Migration SEM. Mit Hilfe einer Treffer/Kein Treffer-Abfrage erfahren diese, ob eine asylsuchende Person bereits anderswo registriert wurde. Seit einer Revision 2013 haben unter bestimmten Umständen auch Strafverfolgungsbehörden (in der Schweiz das Fedpol) und Europol Zugriff auf die Datenbank. Die Fingerabdrücke werden für zehn Jahre gespeichert; aktuell umfasst die Datenbank ca. sechs Millionen Einträge.

EURODAC soll zukünftig zu einer umfassenden Asyl- und Migrationsdatenbank ausgebaut werden. Neben Fingerabdrücken finden sich darin auch ein Gesichtsbild, vollständige biographische Angaben sowie Scans von Reisedokumenten aller undokumentiert eingereisten oder im Schengenraum aufgegriffenen Personen ab einem Alter von sechs Jahren. Diese Ausweitung dient einer lückenlosen Überwachung aller Geflüchteten und soll insbesondere Ausschaffungen vereinfachen. Neu sollen die Behörden die Datenbank auch anhand einzelner biometrischer oder biographischer Daten durchsuchen können. Eine Weigerung, Fingerabdrücke für EURODAC erfassen zu lassen, wird unter Strafe gestellt.

Schengen Information System (SIS II)

Das Schengener Informationssystem ist die zentrale Fahndungsdatenbank für grenzüberschreitende Polizeikooperation. Sie wurde Ende der 1990er Jahre mit Aufhebung der Binnengrenzkontrollen eingeführt. Das SIS (seit 2013 in zweiter Generation SIS II) enthält sowohl Einträge zu gestohlenen oder vermissten Gegenständen (z.B. Reisepässe, Identitätskarten, Fahrzeuge oder Kontrollschilder), als auch zu zur Fahndung ausgeschriebenen oder mit Einreisesperren belegten Personen. Seit einer Revision 2013 können auch biometrische Daten im SIS gespeichert werden. Die Datenbank ist mit mehr als fünf Milliarden Abfragen pro Jahr das am häufigsten genutzte EU IT-System. Es umfasst aktuell knapp 100 Millionen Einträge, von denen sich 70% auf Reisedokumente beziehen und nur ca. 1% auf zur Fahndung ausgeschriebene Personen. In der Schweiz haben folgende Institutionen Zugang zum SIS: die kantonalen Polizeien und das Fedpol, das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit, das SEM und die kantonalen Migrationsbehörden, die Botschaften sowie die Justizbehörden. Migrationspolitisch relevant ist das SIS vor allem bei der Überprüfung von Reisedokumenten an den Grenzen sowie aufgrund der darin gespeicherten Einreiseverbote und Ausschaffungsbeschlüsse.

Visa Information System (VIS)

Das Visa Information System VIS entstand Anfang der 2010er Jahre und digitalisierte die Beantragung von Schengen-Visa. In der Datenbank werden die Anträge sowie die biographischen und biometrischen Daten (Gesichtsbilder und zehn Fingerabdrücke) aller visumpflichtigen Reisenden ab zwölf Jahren gespeichert und allen Konsulaten der Mitgliedsstaaten zur Verfügung gestellt. Diese können so prüfen, ob bereits in anderen Staaten Visumsanträge gestellt wurden und aus welchen Gründen diese allenfalls abgelehnt wurden. An der Grenze können die biometrischen Daten der Reisenden zudem mit den bei der Visumsbeantragung erfassten Daten abgeglichen werden, um einen Grenzübertritt mit dem Pass und Visum einer anderen Person zu verhindern. Das VIS enthielt Ende 2019 ca. 70 Millionen Fingerabdrücke und wurde pro Jahr mehr als 30 Millionen Mal abgefragt. Zugriffsberechtigt sind neben den Botschaften und Grenzpolizeien auch Asyl-, Migrations- und Strafverfolgungsbehörden sowie Europol.

Im Zuge der letzten Revision 2021 (die von der Schweiz noch nicht übernommen wurde), wurde der Geltungsbereich des VIS von Kurzzeitvisa (max. 90 Tage) auf längerfristige Visa sowie generell auch auf Aufenthaltsgenehmigungen von Drittstaatsangehörigen ausgeweitet. Neu werden auch Scans der Reisedokumente der Antragsteller im VIS gespeichert. Das Alter für die Erfassung von Fingerabdrücken wurde auf sechs Jahre herabgesetzt und Daten aus dem VIS dürfen nun auch für Ausschaffungszwecke verwendet werden.

Entry-Exit System (EES)

Das Einreise-/Ausreisensystem EES ist derzeit noch im Aufbau und macht ab 2023 die biometrische Erfassung aller Drittstaatsangehörigen an den Schengen-Aussengrenzen zur Norm. Dazu ersetzt es das bisherige Stempeln von Pässen durch eine digitale Registrierung der Einreise, verbunden mit der Speicherung eines biometrischen Gesichtsbilds und von vier Fingerabdrücken. Bei der Ausreise gibt das System dann automatisch an, ob die erlaubte Aufenthaltsdauer im Schengenraum eingehalten wurde. Und es schlägt Alarm, wenn diese Dauer ohne eine registrierte Ausreise überschritten wurde. Ziel ist es dabei, das sogenannte «visa overstaying» zu verhindern und gleichzeitig in Echtzeit Kenntnis über alle sich im Schengenraum aufhaltende Drittstaatsangehörige zu erlangen. Damit lassen sich dann Statistiken über die Einhaltung der erlaubten Aufenthaltsdauern erstellen.

European Travel Authorization and Information System (ETIAS)

2023 startet das European Travel Authorization and Information System ETIAS. Dieses funktioniert als eine Art Vorab-Registrierungsprogramm für visumsbefreite Drittstaatsangehörige. Es verpflichtet sie, sich bereits vor Reiseantritt bei der EU anzumelden und zahlreiche Informationen preiszugeben. Anschliessend werden diese Daten mit Risikoprofilen abgeglichen. Wird eine Person als verdächtig eingestuft, wird die Anreise schon vorab untersagt, oder sie wird an der Grenze verschärft kontrolliert.

Interoperabilität

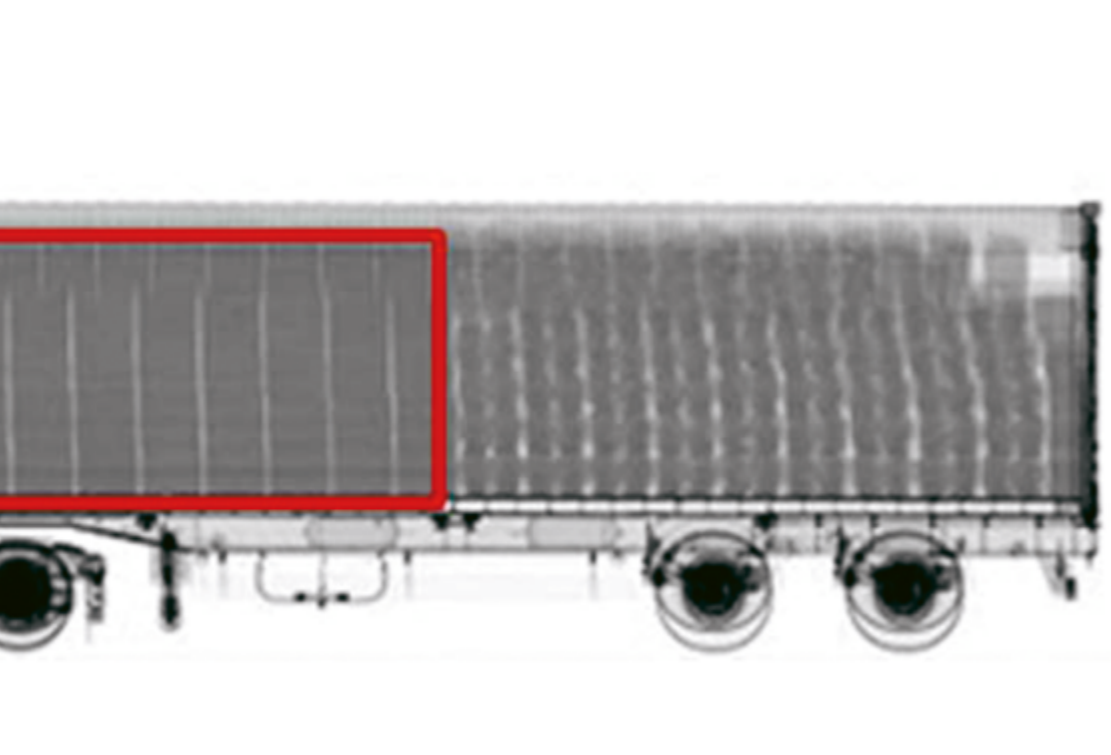
2019 verabschiedete die EU die Interoperabilitätsinitiative, die 2021 vom Schweizer Parlament akzeptiert wurde. Diese sieht vor, dass ab 2023 alle EU-Migrationsdatenbanken miteinander verknüpft werden und parallel in allen Systemen sowohl nach biometrischen Merkmalen als auch nach persönlichen Daten wie Namen, Geburtstagen oder Nationalitäten von Drittstaatsangehörigen gesucht werden kann. Eine neue Software für biometrische Abgleiche sucht die Systeme zudem fortlaufend und automatisiert auf sogenannte Mehrfach-Identitäten hin ab. Letzteres sind Datensätze in verschiedenen Systemen, die ein und derselben Person zuzuordnen sind, ohne dass dies bisher bekannt ist. Hierzu wird ein neuer gemeinsamer Speicher eingerichtet, in dem alle Identitätsdaten abgelegt und durch ein einheitliches Suchportal abfragbar werden. Die Initiative ist insbesondere datenschutzrechtlich problematisch, da sie bestehende Zugriffsrechte auf persönliche Daten maximal ausreizt.

eu-LISA

eu-LISA, die «Europäische Agentur für das Betriebsmanagement von IT-Grosssystemen im Bereich Freiheit, Sicherheit und Recht» ist das Pendant zur Grenzschutzagentur Frontex für die digitalen Migrations- und Grenzkontrollen. eu-LISA betreibt und verwaltet die zentralen Systeme der EU-Migrationsdatenbanken und ist auch für die Entwicklung neuer Systeme verantwortlich. Das Budget von eu-LISA hat sich vergleichbar mit dem von Frontex seit 2015 annähernd vervierfacht und liegt 2022 bei 245 Millionen Euro.

Simon Noori

Oberassistent am Geographischen Institut der Universität Neuchâtel.



«Intelligente Grenzen» in der Kritik

Die Digitalisierung der Migrations- und Grenzpolitik schreitet voran, ist aber nur schwer zu fassen. Drei Fragen, die uns helfen können, sie besser zu verstehen – und zu kritisieren.

Digitale Kontrolltechnologien und neue Migrationsdatenbanken werden oftmals abseits öffentlicher Debatten beschlossen und eingeführt. Wenn die Öffentlichkeit doch davon erfährt, werden einseitig die Vorzüge hervorgehoben: «intelligente Grenzen» ermöglichen effizientere und automatisierte Kontrollen bei gleichzeitiger Erleichterung des Reisens. Kritische Einwände gibt es höchstens, wenn um die Übernahme der Kosten gerungen oder auf Verletzungen von Datenschutz- und anderen Grundrechten verwiesen wird. Eine fundierte Kritik sollte jedoch weiter ausholen und die Digitalisierung der Migrations- und Grenzpolitik an sich kontroverser diskutieren. Um dabei jedoch nicht in die Falle zu tappen, digitale Technologien durch dystopische Big-Brother-Vergleiche mächtiger zu machen als sie sind, sind vor allem drei Fragestellungen vielversprechend:

(Wie) Funktionieren diese Technologien überhaupt?

Kritische Forschung hat in den letzten Jahren aufgezeigt, dass biometrische Kontrollsysteme alles andere als reibungslos funktionieren. Schwierigkeiten bei der Implementierung und explodierende Kosten paaren sich mit hoher Fehleranfälligkeit, geringem Nutzen und unerwarteten Folgeeffekten. Beispiele dafür sind extrem verlängerte Bearbeitungszeiten oder ein trügerisches Vertrauen in die Ergebnisse von Datenbankabfragen. Anstatt also die Versprechen der Befürworter:innen für bare Münze zu nehmen, sollte das Funktionieren dieser Technologien stets hinterfragt werden.

Was sind die Folgen?

Mit dem Ausbau biometrischer Datenbanken will die EU besonders den sogenannten «deportation gap» bekämpfen - den Umstand also, dass viele Geflüchtete gar nicht ausgeschafft werden können, obwohl ihre Asylanträge abgewiesen wurden. Praktiken,

die dies bisher ermöglichten, sollen durch neue Technologien unterbunden werden. Durch die Kompletterfassung aller biographischen und biometrischen Daten in EURODAC, im VIS oder im EES sollen beispielsweise das Verletzen der eigenen Fingerabdrücke oder auch das Verschwinden-Lassen von Ausweisdokumenten obsolet gemacht werden. Diese Kompletterfassung, inklusive Gesichtsbildern und Scans der Reisedokumente, treibt Undokumentierte immer weiter in die Unsichtbarkeit und Illegalisierung.

Wer profitiert?

Von dieser Entwicklung profitieren insbesondere Agenturen wie eu-LISA und die IT-Industrie. Im Schatten von Frontex ist mit eu-LISA eine weitere EU-Agentur sehr einflussreich geworden. Sie verwaltet die Migrationsdatenbanken und vergibt für deren Auf- und Ausbau hochdotierte Aufträge an die IT-Industrie. Noch stärker als Frontex bindet eu-LISA auch privatwirtschaftliche Akteure in das EU-Grenzregime ein und dient als Scharnier zwischen staatlichen und privaten Interessen. Allein für das EES und die Interoperabilitätsinitiative hat eu-LISA in den letzten vier Jahren Verträge in Höhe von über einer Milliarde Euro mit der IT-Industrie abgeschlossen.

Digitale Migrationstechnologien müssen vermehrt zum Gegenstand öffentlicher Debatten und Kontroversen gemacht werden. Dies gelingt am besten, wenn darüber diskutiert wird, wie sich die Praktiken der Kontrolle durch die Digitalisierung tatsächlich verändern. Und natürlich welche konkreten Folgen das für Menschen auf der Flucht hat und wer von dieser Entwicklung am meisten profitiert.

Simon Noori

Oberassistent am Geographischen Institut der Universität Neuchâtel

Weiterentwicklung des Schengen-Besitzstands – Beteiligung der Schweiz

Trotz grundrechtlicher Vorbehalte winkt die Mehrheit alles durch

Die EU-Kommission hat gleich mehrere Verordnungen zum Ausbau der Sicherheits- und Migrationssysteme erlassen – trotz des Widerstands der Sozialdemokraten und der Grünen sowie erheblicher grundrechtlicher Bedenken. Verordnungen auf EU-Ebene sind für alle Mitgliedsstaaten verbindliche Rahmengesetze.

Weil die Schweiz dem Schengen/Dublin-System angegliedert ist, soll sie diese Regelungen übernehmen. Das Parlament hat demnach in den letzten Sessionen über drei Vorlagen zur Weiterentwicklung des Schengen-Besitzstands entschieden. Eine vierte Vorlage ist noch in der Pipeline.

Dabei geht es um die Erweiterung des Schengener-Informationssystemsis SIS, um die Einführung eines Reisegeheimungssystemsis (ETIAS) für nicht-visumpflichtige Drittstaatsangehörige und um den Ausbau der Grenzschutzagentur Frontex zu einem stehenden «Heer» von 10000 bewaffneten Sicherheitskräften an der EU-Aussengrenze. Das Parlament hat alle drei Vorlagen angenommen, wobei gegen die Frontex-Vorlage das Referendum ergriffen wurde. Noch im Parlament hängig ist die FADO-Vorlage. Damit soll das bereits bestehende digitale Archiv «False and Authentic Documents Online» für den Vergleich von Ausweisdokumenten (Führerscheine, ID-Karten, Reisepässe) erweitert werden.

Allen diesen Vorlagen ist gemein: Sie hängen miteinander zusammen und sind ihrem Gehalt nach so (rechts-)technisch, dass es schwierig ist, sie zu verstehen und nachzuvollziehen. Genau das wäre aber wichtig, denn

alle Vorlagen schaffen Fakten, die erhebliche Eingriffe in die Grundrechte von Menschen mit sich bringen, die in den Schengen-Raum einreisen oder die EU-Aussengrenze überschreiten. Die zahlreichen computerisierten Datenbanken der EU-Behörden und nationalen Geheimdienste werden zusammengeschlossen und erfassen und überwachen grenzüberschreitende Mobilität in Echtzeit. Die EU und mit ihr die Schweiz werden dadurch zu Überwachungsmaschinen im Dienst der Migrationsabwehr.

Die Debatten zu diesen Vorlagen im Schweizer Parlament können wie folgt zusammengefasst werden: Grüne und die SP-Vertreter:innen formulieren differenzierte Kritikpunkte und menschenrechtliche Fragezeichen, etwa zur Effizienz und Verbesserung der digitalen Systeme und ihrer Kosten oder zur Beteiligung von Frontex an Push-Backs. Und sie fordern «Kompensationen» in Form von mehr Kontingentsflüchtlingen.

Die SVP kritisiert zwar den Zwang zur Übernahme europäischen Rechts, stimmt aber in den rechtsbürgerlichen Chor von FDP, Mitte und GLP mit ein: Die «Sicherheit» der europäischen Aussengrenzen, überwiege aus Schweizer Sicht alle Bedenken. Die Frontex-Vorlage enthalte zudem die Verpflichtung, Menschenrechtsbeobachter:innen an den Hotspots der Aussengrenzen zu stationieren, was den Grundrechtsschutz fördere. Und mache man beim Ausbau der europäischen Sicherheitsarchitektur nicht mit, fliege die Schweiz aus dem Schengen-System und stehe allein da. Die von links geforderten «Kompensationen» seien sachfremd und unnötig. Eine Mehrheit im Parlament folgt dieser Argumentation.

Demgegenüber wurden im EU-Parlament grundrechtliche Zweifel am Ausbau des Schengen-Systems ernster und vertieft geprüft. Sie fanden aber auch dort keine Mehrheit.

(Pf)

Freiheit für die El Hiblu 3

Noch immer stehen in Malta drei junge Männer aus Guinea und der Elfenbeinküste vor Gericht. Der Vorwurf lautet unter anderem Terrorismus. Was ist geschehen? Am 26. März 2019 rettete die Besatzung des Frachtschiffs «El Hiblu 1» 108 Menschen, die auf einem Gummiboot aus Libyen in Richtung Europa flohen, vor dem Ertrinken. Als der Frachter in der Folge Kurs zurück auf Libyen nahm, protestierten die

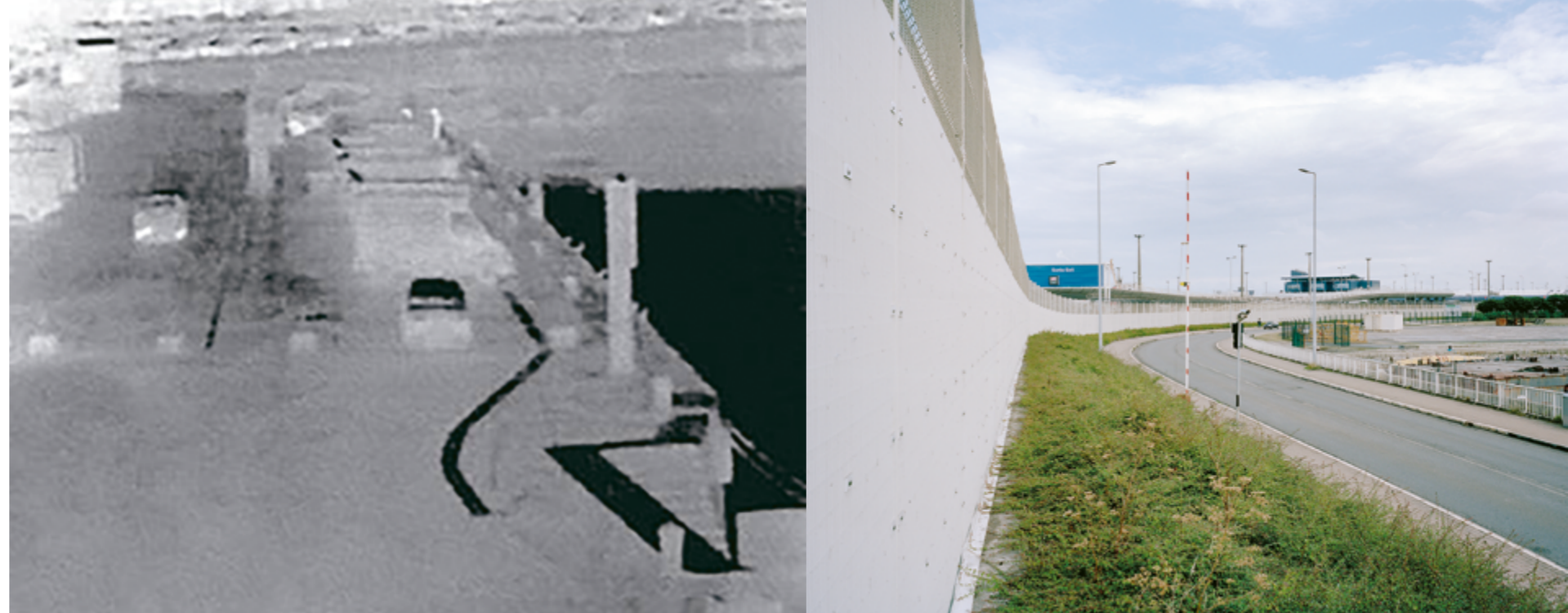
Mehr Infos zum Fall:
www.elhiblu3.info

«Nun sind sie zwar nicht mehr im Gefängnis, aber der Prozess läuft nach wie vor – bis zu 30 Jahre hinter Gitter drohen ihnen im Fall einer Verurteilung.»

Migrant:innen gegen ihre Rückführung, die ein Verstoß gegen geltendes, internationales Recht dargestellt hätte. Die Besatzung lenkte ein und steuerte schliesslich Malta an. Es entstand weder Schaden an Menschen noch am Schiff und trotzdem wurden die drei Teenager bei ihrer Ankunft in Malta verhaftet und für sieben Monate eingesperrt. Nun sind sie zwar nicht mehr

im Gefängnis, aber der Prozess läuft nach wie vor – bis zu 30 Jahre hinter Gitter drohen ihnen im Fall einer Verurteilung. Die maltesischen Behörden wollen an den «El Hiblu 3» ein Exempel statuieren, scheinbar es. Doch gemeinsam mit einem breiten Unterstützer:innennetzwerk wehren sich diese gegen die absurde Kriminalisierung – sogar Amnesty International unterstützt die Angeklagten und eine «Freedom Commission», der unter anderem Achille Mbembe, Carola Rackete, Jean Ziegler und Charles Heller angehören, setzt sich aktiv für ihre Freilassung ein. Am 3. Februar wurden Zeug:innen vernommen, die zur Verärgerung des Gerichts bestätigten, dass die Angeeschuldigten die eigentlichen Helden der Geschichte sind: während die meisten Leute in Panik ausbrachen, hätten die Angeklagten ihre Mitreisenden beruhigt. Am 15. April geht der Prozess weiter. Die Forderung bleibt unverändert: «Lasst die Anklage fallen, Freiheit für die El Hiblu 3!»

(Ln)



Prozess im Mai: Samos 2

Am 7. November 2020 geriet ein Boot mit 22 Migrant:innen vor der griechischen Insel Samos in Seenot. Es stiess gegen Klippen und kenterte. «Obwohl die griechische Küstenwache über den Notfall informiert wurde, dauerte es mehrere Stunden, bis sie vor Ort eintraf», schreibt die Kampagne, die zum Fall informiert. Für das Kind von N. und eine schwangere Frau kam jede Hilfe zu spät: ihre leblosen Körper wurden am nächsten Morgen auf den Felsen gefunden. Anstatt psychologische Unterstützung zu erhalten, um den Tod seines Kindes zu verarbeiten, wurde N. verhaftet. Wegen Gefährdung des Lebens seines Kindes drohen ihm bis zu zehn Jahre Haft.

Mehr Infos zum Fall:
www.freethesamos2two.com

Auf dem gleichen Boot war der 23 Jahre alte Hasan. Auch er wurde verhaftet. Weil er vermeintlich das Boot steuerte, ist er für die «Beförderung von 24 Drittstaatsangehörigen in das griechische Hoheitsgebiet ohne Genehmigung» sowie Gefährdung des Lebens von 23 Personen

und der Verursachung des Todes einer Person angeklagt. Insgesamt 230 Jahre plus lebenslange Haft drohen ihm. Solche Anklagen sind systematisch: seit mehreren Jahren kriminalisiert Griechenland Migration durch solche Verfahren – pro Boot nimmt die Polizei jeweils eine oder zwei Personen fest. Hunderte Migrant:innen wandern so direkt vom Boot ins Gefängnis. Der Prozess der «Samos 2» ist auf Mitte Mai angesetzt – gemeinsam mit den Angeklagten fordern dutzende Organisationen, dass die Anklagen fallen gelassen werden. Sie fordern zudem die Freilassung aller, die wegen «Bootsfahrens» inhaftiert sind und ein Ende der Kriminalisierung von Migration.

(Ln)

In Libyen Gestrandete organisieren sich

Seit Oktober protestierten hunderte Migrant:innen vor dem UNHCR-Gebäude in Tripolis. Sie forderten die unmittelbare Evakuierung aller in Libyen Gestrandeten und den

Mehr Infos zum Fall:
<https://www.refugeesinlibya.org>

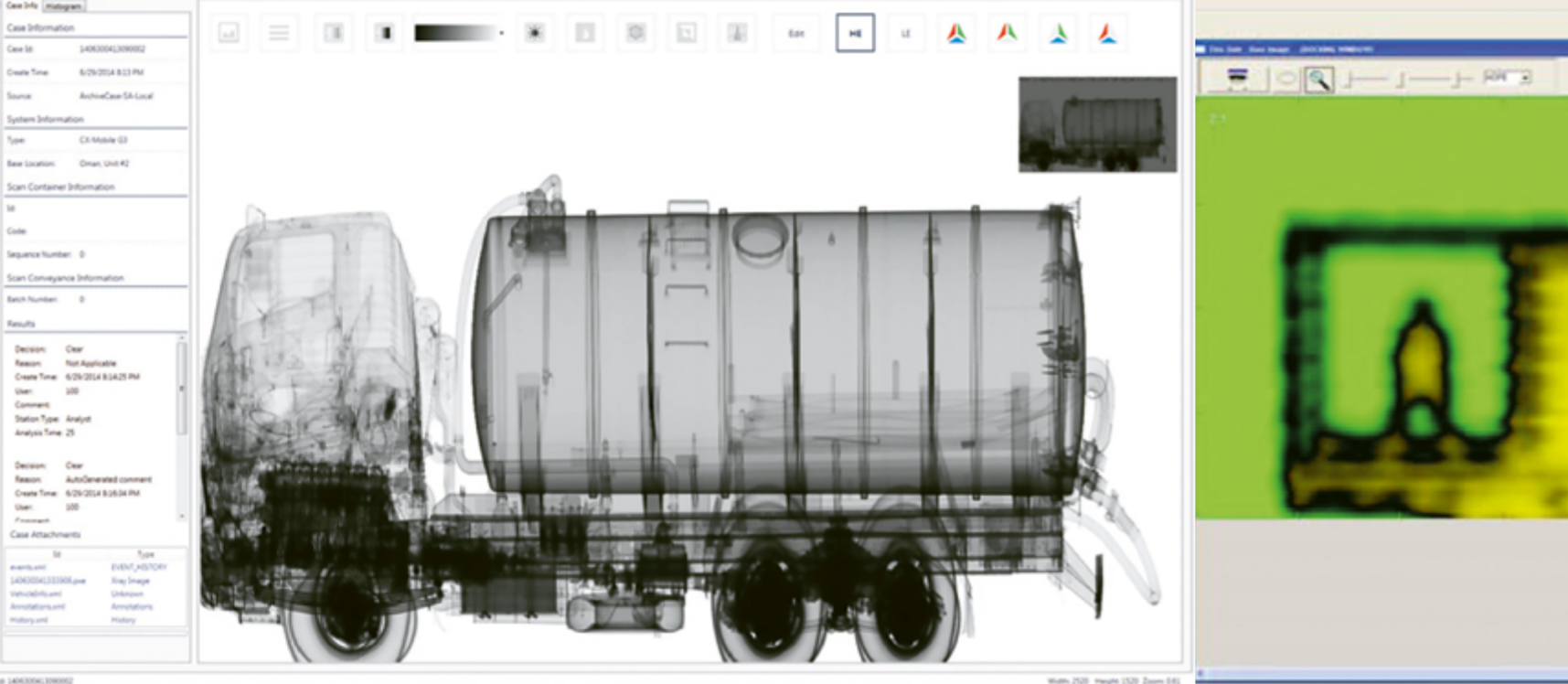
Stopp der Finanzierung der sogenannten libyschen Küstenwache sowie von Haftanstalten in Libyen durch die EU und ihre Mitgliedstaaten. Der Protest erhielt rasch Unterstützung von solidarischen Netzwerken. Und die internationale Gemeinschaft und die adressierte EU? Die blieben nicht nur stumm, sondern gaben sogar noch Gegensteuer: das UNHCR schloss kurzerhand das blockierte Gebäude in Tripolis. Verschiedentlich wur-

nach zwei führenden Personen aus dem Protestumfeld, die sich der Verhaftung entziehen konnten: Yambio David Oliver Yasona und Hassan Azakaria. Obwohl sich internationale Netzwerke um deren Aufnahme bemühen, verhallten die Apelle – unter anderem von Medico International zusammen mit Carola Rackete, Milo Rau und Jean Ziegler - an die Realpolitik bisher. Umso mehr brauchen die Protestierenden Unterstützung aus der Zivilgesellschaft um ihre Selbstorganisation zu stärken. Derweil führen die Gefangenen in Ain Zara ihren Protest weiter: Anfang Februar kündigte ein Teil der Protestierenden einen Hungerstreik an. Höchste Zeit, dass der Druck wirkt und sich bei Behörden und Institutionen endlich etwas bewegt.

(Ln)

«Verschiedentlich wurden die Protestierenden von privaten, aber auch staatlichen Sicherheitskräften angegriffen.»

den die Protestierenden von privaten, aber auch staatlichen Sicherheitskräften angegriffen. Es kam zu teils tödlichen Verletzungen. Am 10. Januar wurde das Protestcamp gewaltsam aufgelöst. Sicherheitskräfte verhafteten hunderte Personen und sperrte sie in ein Internierungslager nahe der Ortschaft Ain Zara. Seither fahnden die Sicherheitskräfte



Migration Control stellt sich vor

Was ist Migration Control?

Migration Control ist ein transnationales Recherche- und Dokumentationskollektiv, das kritisches Wissen über die Externalisierung des europäischen Migrations- und Grenzregimes schafft. Unter Externalisierung verstehen wir ein System aus Kooperationen, das die Ausweitung und Verlagerung der Mobilitätskontrolle zum Ziel hat, die in der dominanten europäischen Erzählung als «Transit- und Herkunftsstaaten» bezeichnet werden. Die EU kontrolliert und verhindert damit unerwünschte Migrationsbewegungen weit über Europa hinaus: Auf dem Mittelmeer, in libyschen Gefängnissen, beim illegalen Zurückschieben von Menschen aus Algerien in die Sahara und auf der sogenannten Balkanroute, oder aber bei der Einführung von Grenzkontrollen an der nigrisch-libyschen Grenze. Diese Strategie der Migrationskontrolle hat nicht nur gravierende Auswirkungen auf Menschen auf dem Weg nach Europa und macht deren Migrationswege immer gefährlicher, sondern schränkt auch die Bewegungsfreiheit der lokalen Bevölkerung ein, verletzt ihre Menschenrechte und kriminalisiert ihr Verhalten.

Worin genau besteht eure Arbeit?

Als transnationales Netzwerk aus Aktivist:innen, Betroffenen, Forscher:innen, Journalist:innen, Übersetzer:innen und

antirassistischen Organisationen bringen wir alle Beteiligten in einen Austausch. Damit wollen wir die Auseinandersetzungen um das europäische Grenzregime solidarisch bereichern. Wir schaffen Wissen, das dominanten Erzählungen über Migration und Grenzen machtkritische Perspektiven entgegensetzt, um die Folgen dieser Politik einer breiten Öffentlichkeit bekannt zu machen. Dieses Gegenwissen stellen wir auf unserer Webseite migration-control.info mehrsprachig zur Verfügung.

Was findet sich alles auf der Webseite und was bezweckt ihr damit?

Die Seite umfasst einen Blog mit Analysen zu aktuellen Entwicklungen, ein Archiv mit gesammelten relevanten Berichten und politischen Dokumenten und ein Wiki mit Berichten über betroffene Länder, relevante Regionen, Agenturen und wichtige Meilensteine der europäischen Externalisierungspolitik. Ausserdem kuratieren wir einen monatlich erscheinenden Pressespiegel, der aktuelle Entwicklungen überblickt und zusammenfasst. Indem wir Austausch, Vernetzung und Kooperation anregen, treten wir der europäischen Migrations- und Grenzpolitik gemeinsam entgegen und setzen uns für die Bewegungsfreiheit aller Menschen ein.

Migration Control Koordinierungsgruppe

Transnationales Recherche- und Dokumentationskollektiv

Externalisierung des Migrationsregimes

Die EU lagert ihre Grenzen aus

Mit einem offenen Brief richtet sich die selbstorganisierte Protestbewegung «Refugees in Libya» an die Öffentlichkeit: «Libyen ist heute ein Friedhof von tausenden unschuldigen Flüchtenden, Asylsuchenden und Migrant:innen, die den unaushaltbaren Zuständen in ihren Herkunftsländern entfliehen. Das war und ist der politische Wille der italienischen Behörden und der EU-Mitgliedstaaten, die diese Situation akzeptieren und finanzieren.»¹

Dass Libyen zu diesem Friedhof wurde, ist auch eine Folge der Externalisierung europäischer Aussengrenzen und der immer umfassenderen Kontrolle von Migrationsbewegungen. Liefen Grenzen früher noch wie Linien auf Landkarten, sind sie heute ein engmaschiges Netz aus Überwachung, Kontrollen, Gefängnissen und Rückschiebungen, das sich über Europa hinaus erstreckt. Mit dieser Externalisierungspolitik kontrolliert die EU Migrationsbewegungen bereits weit vor den direkt um Europa gezogenen Grenzen – im Sinne eines rassistischen, kapitalistischen und patriarchalen Europas. Dafür schliessen die EU und europäische Staaten wie die Schweiz seit den frühen 2000er Jahren zahlreiche Abkommen mit Regierungen und Machthabern in sogenannten Herkunfts- und Transitstaaten – so auch mit Libyen.

Die gewaltvolle EU-Politik

Libysche Akteur:innen, darunter bewaffnete Milizen, betreiben mit finanzieller, infrastruktureller und nicht zuletzt politischer Unterstützung aus Europa, Grenzposten, mobile Kontrollen und Haftanstalten. Die sogenannte libysche Küstenwache steht exemplarisch dafür: Von der EU und europäischen (Mitglied)Staaten wie Italien ausgebildet, finanziert und unterstützt, ist sie verantwortlich für systematische Menschenrechtsverletzungen in Libyen und auf dem Mittelmeer. Menschen, die Libyen unter anderem wegen rassistischer Gewalt, willkürlicher Inhaftierung und Folter zu entfliehen versuchen, werden von der sogenannten Küstenwache auf dem Mittelmeer abgefangen und zurückgebracht. Anstatt in einen sicheren Hafen kommen die Menschen in desaströse Lager – in

diese eingesperrt werden sie teilweise von den sogenannten Küstenwächern selbst.

Nicht nur in Libyen beteiligt sich Europa massgeblich an der Entstehung und Aufrechterhaltung menschenrechtsverletzender Verhältnisse und verfolgt seine Interessen skrupellos und brutal. Auf Druck aus Europa verabschiedete der Niger ein neues Gesetz, das Mobilität in Richtung Norden kriminalisiert. In Ceuta und Melilla ent-

«Dass Libyen zu diesem Friedhof wurde, ist auch eine Folge der Externalisierung europäischer Aussengrenzen und der immer umfassenderen Kontrolle von Migrationsbewegungen.»

standen meterhohe Zäune und im Ärmelkanal versucht die britische Regierung Pushbacks zu legalisieren. Aber gegen die externalisierte Migrations- und Grenzpolitik formiert sich seit jeher Widerstand. Selbstorganisierte Bewegungen, wie die der «Refugees in Libya», wehren sich wegen und trotz lebensgefährlicher Umstände gegen die gewaltvolle Politik und gegen das Wegschauen der internationalen Gemeinschaft. Aber auch jener Widerstand, der globale Ungleichheit, Ausbeutung und die Einschränkung der Bewegungsfreiheit am fundamentalsten in Frage stellt, hält an: die Migration selbst.

Migration Control Koordinierungsgruppe

Transnationales Recherche- und Dokumentationskollektiv

¹ «Libya today is a cemetery to thousands of innocent refugees, asylum seekers and immigrants fleeing unbearable situations in their countries of origin. And the idea or the political will was and is fully accepted and funded by the Italian authorities and EU member states.» <https://www.refugeesinlibya.org/letter-to-italian-authorities-eu-member>

IMPRESSUM

BULLETIN SOLIDARITÉ SANS FRONTIÈRES

erscheint viermal jährlich
ISSN 2673-768X

Auflage dieser Ausgabe

3750 deutsch / 900 französisch

Beglaubigte Auflage WEMF

2327 deutsch / 521 französisch

Gestaltung und Satz

Graziella Bärtsch und Moana Bischof

Druck und Versand
selva caro druck ag, Films Waldhaus

Redaktion
Lorenz Naegeli (Ln), Peter Frei (Pf),
Sophie Guignard (Sg), Selina Leu (Sl),
Kiri Santer (Ks)

Übersetzungen
Marianne Bentli, Olivier von Allmen
Lektorat Sosp

Fotos
(CC-by-nc-sa) Christoph Oeschger

Redaktionsschluss für die nächste Ausgabe
20. April 2022
Wir behalten uns vor, Leser:innenbriefe zu kürzen

Mitgliederbeitrag 2022 inkl. Abo:
Fr. 70.– Verdienende / Fr. 100.– Paare /
Fr. 30.– Nichtverdienende /
Fr. 120.– Organisationen

Abo
Einzelpersonen Fr. 30.– / Organisationen
Fr. 50.–

Herausgeberin
Solidarité sans frontières
Schwanengasse 9
3011 Bern
(Zusammenschluss AKS/BODS)

Telefon 031 311 07 70
sekretariat@sosf.ch
www.sosf.ch

PC-Konto 30-13574-6
IBAN CH03 0900 0000 3001 3574 6
BIC POFICHBEXX



Kommentar

Eine solidarische Migrationspolitik ist möglich

Der Weg in Richtung solidarische Gesellschaft führt über Widerstand und muss von der Basis kommen. Ein Gedankengang.

Allein der Arbeitstitel von der Redaktion dieses Bulletins bringt mich in ein Dilemma. Wenn von Politik die Rede ist, denke ich automatisch an die unmenschliche Abschottungspolitik der EU und der Schweiz. Wenn es um Solidarität geht, denke ich zuerst an die zahlreichen Menschen hier in Europa, die den Flüchtenden zu Hilfe eilen – an den Grenzen, auf dem Meer, in den Alpen, im Niemandsland. Gleichzeitig fallen mir diejenigen ein, die sich um den Empfang, die Aufnahme und die Beratung der Schutzsuchenden kümmern. Ebenso kommen mir die Geflüchteten und Migrant:innen in den Sinn, die sich gemeinsam organisieren und für ihre Rechte kämpfen.

Wenn wir trotzdem von einer «solidarischen Migrationspolitik» reden wollen, dann kann eine solche nur im Widerstand gegen die offizielle Politik stattfinden. Denn Letztere setzt alles daran, um schutzsuchende Menschen fernzuhalten. Natürlich fordern wir weiter von unseren Regierungen, mehr Geflüchtete aufzunehmen und Menschenrechte einzuhalten. Doch dabei rennen wir gegen Mauern an. Deshalb müssen wir versuchen, andere Wege zu finden. In diesem Sinne haben zum Beispiel verschiedene Bürger:innen-Initiativen in der

französischen Grenzstadt Briançon mit einer breiten Spendensammlung ein altes Sanatorium gekauft, um dort Geflüchtete aufzunehmen, die unter Lebensgefahr von Italien aus die Alpen überqueren. Doch oft sind die Migrant:innen so zahlreich, dass dieser Empfangsort bereits überlastet ist. Deshalb haben sich zahlreiche Einwohner:innen der Stadt gemeldet, um zusätzlich Reisende bei sich zuhause zu beherbergen.

Und wohl alle kennen das Dorf Riace in Süditalien. Die Gemeinde mit ihrem ehemaligen Bürgermeister Domenico «Mimmo» Lucano erfuhr mit der Ansiedelung von Migrant:innen eine Wiederbelebung. Eine Entwicklung, die der Regierung mit dem damaligen rechtsextremen Innenminister Salvini ein Dorn im Auge war – er setzte alles daran, um dieses Beispiel zu zerstören. Domenico Lucano wurde kürzlich in einem skandalösen Prozess zu 13 Jahren Gefängnis verurteilt – ein Rekurs ist hängig. Doch die Idee lebt weiter, denn Riace inspirierte viele andere Gemeinden, nicht nur in Italien. Zu recht: Hunderte von Dörfern in ganz Europa könnten auf diese Art wiederbelebt werden.

Eine solidarische Migrationspolitik kann nur von der Basis kommen – und ist trotzdem effektiv. Nicht nur ein Dorf wie Riace, sondern auch viele grosse Städte in ganz Europa sind als «Solidarity Cities» aufnahmebereit. In Deutschland sind bald 300 Kommunen als «Sichere Häfen» für Geflüchtete deklariert. Und in der Schweiz? Hier zuerst ein historisches Beispiel: Die

Ankündigung Infotour

Festung Europa – Infotour in Deutschland und der Schweiz

Das Komitee für Grundrechte und Demokratie e.V. aus Köln, die Zeitschrift «Bürgerrechte & Polizei / CILIP» und Solidarité sans frontières spannen zusammen für eine Infotour.

Diese Ausgabe des Bulletins von Sosp dreht sich um den Ausbau der EU-Migrationsabwehr im Rahmen von Frontex und der sogenannten Externalisierung von Migration. Das Bulletin ist eine thematische Sonderausgabe im Hinblick auf die im Mai anstehende Abstimmung gegen den Frontex-Ausbau. Neben einem Blick auf «Frontex und die Schweiz», steht Migrationsabwehr durch digitale Technologien im Fokus. Auch die ebenfalls im März in Berlin erscheinende Zeitschrift «Bürgerrechte & Polizei/CILIP» wird dieses Thema behandeln, das Heft trägt den Titel «Die EU – Ein Polizeistaat neuer Prägung?».

Zusammen mit dem in Köln ansässigen Komitee für Grundrechte und Demokratie e.V. wollen wir diese migrationsbezogenen Themen des Bulletins und der CILIP mit Infoveranstaltungen in der Schweiz und in Deutschland vertiefen. Die Infotour beginnt im April in der Schweiz und kann dann aber im gesamten Jahr 2022 fortgesetzt werden. Neben der Aufklärung zum

Thema wollen wir mit der Infotour auch Betroffene, Aktivist:innen, Expert:innen und Interessierte vernetzen.

Ziel dabei: ein komplexes Thema durch Texte und Diskussionen zugänglicher zu machen. «Frontex», «Externalisierung», «Smart Borders», «Eurodac»: all diese Begriffe sind für die meisten von uns Fremdwörter. Wir sind überzeugt, dass es für zukünftige Diskussionen, aber auch für widerständige Praxen, eine fundierte Wissensbasis über diese Entwicklung und ihre Auswirkungen braucht. Um uns gegen voranschreitende Überwachung und Abschottung zu wehren, müssen wir deren Ausmass und ihre Funktionsweisen verstehen.

Wir wollen die Entwicklung für ein Schweizer Publikum darlegen: Wie geht Frontex im zentralen Mittelmeer vor? Warum ist die Schweiz bei Rückführungen mitverantwortlich? Was sind die Alternativen?

Der Analyse von Vergangenheit und Gegenwart wollen wir auch Perspektiven

von Widerstand und Vernetzung entgegensetzen. Ihr wollt in eurer Stadt oder Region eine solche Veranstaltung (mit)organisieren? Dann meldet euch beim Sosp-Sekretariat (sekretariat@sosf.ch). Wir unterstützen euch gerne dabei.

In der Rubrik «Agenda» auf der letzten Seite sind erste Veranstaltungen angekündigt.

(Ln)

Vollständige Übersicht auf:
www.sosf.ch

ANZEIGEN

widerständiger rückblick
auf eine woche voller
rassismus:
antira-wochenschau
abonnieren auf
antira.org

wir drucken!
Klimaneutral

für den wald.

umweltbewusster druck und klimaschutz ist uns ein anliegen.
ihr produkt wird bei uns klimaneutral gedruckt und
auf wunsch mit dem label von climatepartner versehen.
so engagieren auch sie sich für nachhaltigkeit und klimaschutz.

selva caro druck
die kleine druckerei inmitten der natur

rudi dadens 6 7018 films t 081 911 22 55 mail@selvacaro.ch www.selvacaro.ch

Vollversammlung Solidarité sans frontières

30. APRIL, BERN (ORT WIRD AUF SOSF.CH UND PER NEWSLETTER KOMMUNIZIERT)

18:00 Uhr: statuarischer Teil, nur für Mitglieder

19:00 Uhr: öffentliche Veranstaltung (das genaue Programm folgt)

Infotour

Alle Termine der Infotour auf www.sosf.ch

Frontex, Abschottung im Namen der EU: das Beispiel Libyen

ZÜRICH, 27.04.2022, 18.30 UHR, CITYKIRCHE OFFENER ST. JAKOB
BASEL, 29.04.2022., 18.30 UHR, GEWERKSCHAFTSHAUS

WEITERE VERANSTALTUNGEN SIND IN PLANUNG

Verschiedene Referent:innen erklären aus unterschiedlichen Perspektiven die Rolle von Frontex im zentralen Mittelmeer und ihre Auswirkungen auf Migrant:innen. Die EU-Grenzschutzagentur Frontex spielt eine wichtige Rolle bei der Aufrüstung und Auslagerung der europäischen Grenzen. Wie hilft Frontex der sogenannten libyschen Küstenwache, Menschen auf ihrem Weg nach Europa abzufangen?

Eine Zusammenarbeit von Sosf, GrundrechtKomitee e.V., Cilip, NoFrontex, Alarmphone und dem Eritreischen Medienbund.

Digitale Technologien im Dienst der Migrationsabwehr

ZÜRICH, 21.04.2022, 19 UHR, ZENTRUM KARL DER GROSSE

Die EU baut ihre IT-Infrastruktur zur Migrationsabwehr kontinuierlich aus. Mit Hilfe von biometrischer Erfassung und neuen oder erweiterten Datenbanken wird ein immer umfassenderes Wissen über Geflüchtete und ihre grenzüberschreitenden Bewegungen generiert. Auch Frontex spielt dabei eine gewichtige Rolle.

Eine Zusammenarbeit von Sosf, GrundrechtKomitee e.V., Cilip, Digitale Gesellschaft, NoFrontex

U.a. mit Simon Noori und Bernd Kasperek

«Und wohl alle kennen das Dorf Riace in Süditalien. Die Gemeinde mit ihrem ehemaligen Bürgermeister Domenico «Mimmo» Lucano erfuh mit der Ansiedelung von Migrant:innen eine Wiederbelebung.»

«Freiplatzaktion für Chile-Flüchtlinge» konnte nach dem Militärputsch im September 1973 über 2000 Verfolgte aus dem lateinamerikanischen Land in die Schweiz retten – gegen den Willen des Bundesrates. Dies war nur auf Grund der grossen Aufnahmebereitschaft von Privatpersonen, Kirchgemeinden und politischen Gemeinden möglich. Und heute? Im Jahr 2020 schlossen sich in der Schweiz verschiedene Gemeinden in der Allianz «Städte und Gemeinden für die Aufnahme von Flüchtlingen» zusammen; ausschlaggebend war die unmenschliche Lage der Geflüchteten in den griechischen Lagern. Insgesamt sind 16 Gemeinden, darunter alle grössten Schweizer Städte, in dem Zusammenschluss vertreten. Zusätzlich haben sich über 20 kleinere Gemeinden bereit erklärt, Geflüchtete aufzunehmen. Von Anfang an hat der Bundesrat diese Aufnahmebereitschaft abgelehnt und sabotiert. Trotzdem ist ein Gegengewicht entstanden, das nicht mehr so einfach wegzudenken ist. Gleichzeitig gibt es viele, vor allem junge Menschen, die unterwegs sind, um die Schutzsuchenden entlang den Fluchtrouten zu unterstützen.

1974/75 musste der Bundesrat schlussendlich einlenken, weil die Aktivist:innen der Chile-Freiplatzaktion die Verfolgten mit einer «Underground Railroad» in zivilem Ungehorsam einfach ins Land holten und an die Freiplätze verteilten. Und heute? Träumen ist doch wohl noch erlaubt.

Michael Rössler

Europäisches BürgerInnen Forum